

Bundesrat Schmid nimmt Kontakt auf mit Polycom

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Action : Zivilschutz, Bevölkerungsschutz, Kulturgüterschutz = Protection civile, protection de la population, protection des biens culturels = Protezione civile, protezione della popolazione, protezione dei beni culturali**

Band (Jahr): **48 (2001)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-369401>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

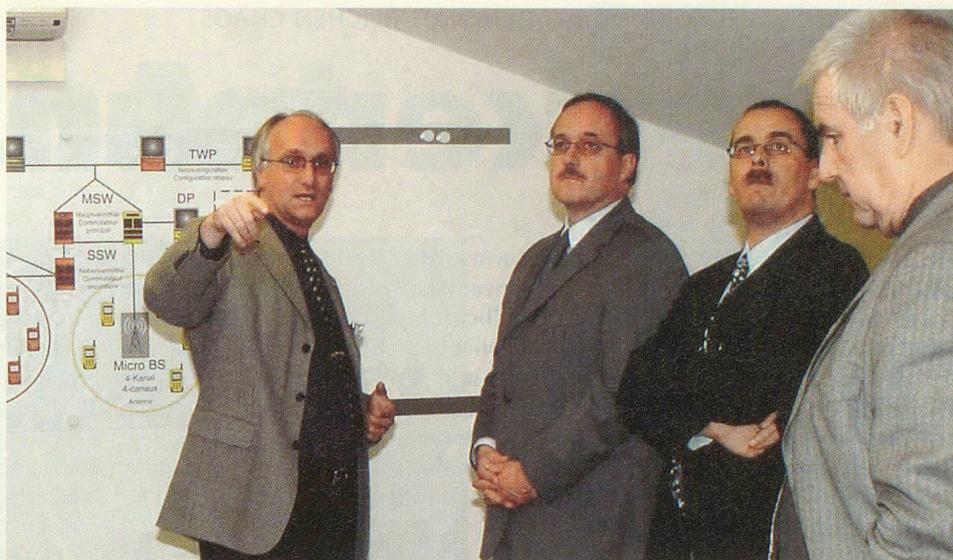
NACH DEM BESCHLUSS DES BUNDESRATS VOM 21. FEBRUAR 2001

Bundesrat Schmid nimmt Kontakt auf mit Polycom

Polycom-Info. Der Departementschef des VBS, Bundesrat Schmid, hat sich kürzlich über die Entwicklung des Sicherheitsnetzes Funk der Schweiz informieren lassen. Polycom, ein treffendes Beispiel für die Partnerschaft im Bevölkerungsschutz.

Bundesrat Schmid wollte vom Vorsitzenden des Ausschusses Polycom, Divisionär Edwin Ebert, über die Entwicklung des Projekts orientiert werden. Wie und wo sollte die Information erfolgen? Nachdem der Departementschef am 26. April 2001 als Referent und Gast den Frühjahrs-Rapport der Chefs der für den Zivilschutz zuständigen Ämter in Schwarzenburg eingeplant hatte, konnte die Orientierung im richtigen Umfeld stattfinden, nämlich im Kompetenzzentrum Ausbildung Polycom.

Bundesrat Schmid und sein Begleiter Jacques Rüdin haben nach ihrem Besuch eine konkrete Vorstellung davon, warum



Hoher Besuch im Polycom-Estrich.

Mainswitches und Basisstationen vernetzt werden müssen. Auch über die Auswirkungen der «Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung» (NISV) auf das nicht kommerzielle Polycom-Projekt wurden sie informiert. Zurzeit diskutierte weitreichende Forderungen für den Schutz vor nichtionisierender Strahlung könnten dessen Realisierung schwer behindern.

Gemeinsam ans Werk

Die verantwortlichen Stellen der Kantone erhalten bis Ende Juli 2001 ein konkretes Grundlagenpapier zu Rahmenbedingungen und Standards sowie den Finanzierungsrege-

lungen und den Verantwortlichkeiten, wie Bundesrat Schmid erfuhr. Gemäss Bundesratsbeschluss sollen Bund, Kantone, Gemeinden und berechnete Organisationen Polycom gemeinsam finanzieren, um dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und den Anforderungen der Ereignisdienste gerecht werden zu können.

Weil das Projekt Polycom typisch schweizerisch, das heisst föderalistisch und zeitlich gestaffelt realisiert wird, sind alle Beteiligten aufgerufen, gemeinsam optimale Lösungen zu suchen. Der Gedanke des partnerschaftlichen Bevölkerungsschutzes wird so verwirklicht. □

DER VBS-VORSTEHER AUF DEM WAFFENPLATZ THUN

Zentrum für Sicherheitskooperation

JM. Am 14. Mai stattete Bundesrat Samuel Schmid dem Thuner Waffenplatz seinen ersten offiziellen Besuch ab. Zudem führte er Gespräche mit den Behörden der Aarestadt. Schmid würdigte insbesondere den Willen zur Kooperation.

Der Waffenplatz Thun, der älteste und grösste der Schweiz, werde auch im Rahmen der Armee XXI eine wichtige, ja zentrale Rolle spielen, sofern der Wille des Bundesrates im Parlament und im Volk mehrheitsfähig sei, führte der VBS-Chef aus.

Auf dem Besuchsprogramm stand unter anderem die Besichtigung verschiedener Simulatoren. Er sei stolz auf diese hochmodernen Ausbildungsanlagen, sagte Schmid nach der Besichtigung. Vor allem aber sei er seinen Amtsvorgängern dankbar, die mit Weitblick diese Anlagen initiiert hätten.

Beim anschliessenden Empfang durch den Gemeinderat Thuns informierte Bundesrat Schmid über ein gemeinsames Projekt mit der Stadt, die ein Zentrum für nationale Sicherheitskoordination werden soll. Die

Stadt will unter anderem vermehrt Tagungsort für nationale und internationale Konferenzen zu sicherheitspolitischen Themen werden. Das Projekt stehe erst am Anfang, betonte Schmid, doch der Wille und die Bereitschaft zur Kooperation zwischen der Armee, den zivilen Behörden und den Partnern des Bevölkerungsschutzes seien in Thun überall spürbar.

«Sie sehen», so Bundesrat Schmid, «für mich bedeutet nationale Sicherheitskooperation mehr als nur blosser Organisation oder Koordination. Moderne nationale Sicherheitskooperation heisst für mich zusätzliche Kommunikation, objektive Information und vor allem Schmieden von Partnerschaften. Mein Name – auch wenn ihm ein E fehlt – darf in diesem Zusammenhang durchaus als

Programm verstanden werden. Eine der Voraussetzungen zu dieser Zielverfolgung ist das Vorhandensein eines konkreten Ansprechpartners in meinem Departement. Ich habe diesen Partner geschaffen. Es ist die Dienststelle «Nationale Sicherheitskooperation» in meinem Generalsekretariat. Sie ist bereits am Werk und freut sich auf die Verbreitung und Vertiefung der Partnerschaften.»

Zudem seien in der Region mit dem VBS, den RUAG-Betrieben, dem Zivilschutzausbildungszentrum in Schwarzenburg und dem AC-Labor in Spiez bereits sicherheitspolitische Infrastrukturen und Kompetenzzentren vorhanden.

Weiter will VBS-Chef Schmid den «Kampf gegen die Minenseuche» verstärken und in Thun eine zentrale Ausbildungsinfrastruktur zur Minenräumung schaffen. Dieses Projekt geht aus der koordinierten Zusammenarbeit des Genfer Zentrums für humanitäre Minenräumung unter dem UNO-Zentrum in New York hervor. Schliesslich formulierte der Chef des VBS auch das Ziel, verstärkt Frauen zur aktiven Mitarbeit in sicherheitspolitischen Bereichen zu motivieren. □